

Calmer Tagblatt

Nr. 19.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

93. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Im Oberamtsbezirk Calw für die einspaltige Zeile 12 Pfg., außerhalb desselben 15 Pfg., Reklamen 20 und 35 Pfg. Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. Fernsprecher 9.

Mittwoch, den 23. Januar 1918.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Wrt. 1.95 vierteljährlich, Postbezugspreis im Orts- und Nachbarortsbezirk Wrt. 1.95, im Fernbezirk Wrt. 1.95, Beleggeld in Württemberg 30 Pfg.

Großrußland und die Ukraine.

Die starken separatistischen Strömungen in der Ukraine, ihr Konflikt mit der Petersburger Zentralregierung und die Tatsache, daß in West-Litowol sehr weit vorgeschrittene Sonderverhandlungen mit der ukrainischen Delegation geführt werden, legen uns die Verpflichtung auf, die dortigen Verhältnisse aufmerksam zu verfolgen. Wohl ist die Ansicht mancher Politiker, daß die Ukraine nach völliger Losrennung vom russischen Gesamtreich strebe, durch die bisherigen Ereignisse noch nicht genügend begründet. Die Mehrzahl der ukrainischen Volksführer wünscht ihre Heimat als Glied einer zukünftigen russischen Bundesrepublik zu sehen. Aber dennoch bestehen starke Konfliktstoffe zwischen Großrußland und der Ukraine; sie sind begründet durch die Verschiedenheit der Rasse und der historischen Entwicklung beider Völker und könnten daher wohl einmal zu einem vollständigen Bruch führen.

Die Ukraine umfaßt den gesamten Süden Rußlands vom Schwarzen Meer bis etwa zum 52. Breitengrad nach Norden, von der kaspiischen Steppe bis ans polnische Gebiet und die Bripesänfte im Westen, mit einer Einwohnerzahl von rund 30 Millionen. Zunächst selbständig als Großfürstentum Kiew unter normannischen Herrschern, fiel das Land später an Litauern und Polen. Im 17. Jahrhundert wurde der östliche, am Ende des 18. Jahrhunderts der westliche Teil mit Großrußland vereint. Die moskowitische Politik hat es von vornherein als ihre Aufgabe betrachtet, das ukrainische Volk durch gewaltsame Unterdrückung seiner Eigenart zu berauben und dem Großrußentum zu assimilieren. Zu diesem Zweck wurde nicht nur die ukrainische Sprache aus der Schule verboten, sondern sogar der Druck ukrainischer Bücher und Zeitungen verboten. Das ukrainische Volk hat sich gegen diese Vergeßlichkeit verweigert, aber bisher vergebens. Wie stark die national-ukrainische Bewegung bis in die jüngste Vergangenheit geblieben ist, beweist die Tatsache, daß nach der ersten russischen Revolution (1905) in der russischen Reichsduma, die auf rein demokratischer Grundlage gewählt wurde, die ukrainische Fraktion 62 Mitglieder zählte. Die russische Regierung war über dieses Ergebnis so bestürzt, daß der Ministerpräsident Stolypin durch einen Staatsstreich das Wahlgesetz änderte und durch Verlegung der Schweregewichte auf die Kreise der Großgrundbesitzer und Städter eine grundlegende Aenderung des Wahlergebnisses erzielte. Bei der jetzigen Revolution erklärten die ukrainischen Nationalisten wieder sofort auf dem Plan, und nun gelangten sie an das ersehnte Ziel. Sie setzten zunächst die volle Autonomie ihres Landes durch und erzwangen dann die Anerkennung der ukrainischen Volksrepublik als eines Rußland gleichgeordneten Staates.

Der Gegensatz zwischen Großrußen und Ukrainern ist nicht nur durch ihre verschiedene historische Entwicklung bedingt, sondern auch durch Gegensätze der Rasse. Die Ukrainer sind nämlich reine Slaven mit einer leichten Beimischung germanischer (gotischer und normannischer) Blutes, während die Großrußen ein Gemisch von Slaven, Finnen und Tataren darstellen. Das zeigt sich auch in ihrem grundverschiedenen Volkscharakter. Der Ukrainer ist schwerfällig, aber gründlich, der Großruße rühmig, aber oberflächlich; der Ukrainer Individualist, der Großruße Kollektivist; der Ukrainer geborener Demokrat, der Großruße Despot oder Sklave. Daher ist eine Vermischung oder Angliederung der beiden Völker nicht möglich gewesen, wohl aber ist es der großrußischen Politik gelungen, fremde Elemente in einflussreichen Stellungen dem Volke aufzupropfen. In der östlichen Ukraine ist ein beträchtlicher Teil des Großgrundbesitzes in russischen Händen, in den meisten Städten überwiegen die russischen Hausbesitzer und Intellektuellen. Im westlichen Teil ist andererseits als Erbe der Vergangenheit der polnische Großgrundbesitz stark vertreten. In allen diesen Kreisen tritt der Widerstand gegen den ukrainischen Separatismus stark hervor, und da die gebildete ukrainische Oberschicht noch recht dünn ist, konnten oberflächliche Beurteiler zu der Ansicht kommen, daß die ganze ukrainische Bewegung nur durch wenige nationalstische Schwärmer vertreten sei. Als aber bei der jetzigen Revolution eine gewaltige demokratische Welle sich über das ganze russische Reich ergoß, kamen die bisher zum Schweigen verurteilten ukrainischen

Massen zum Wort, und nun zeigte es sich klar, wie tief der Haß gegen den Moskowiter im ganzen Volke verankert war und ein wie starker Drang nach selbständiger Lebensgestaltung in ihm glühte.

Der Petersburger Zentralregierung ist der ukrainische Separatismus natürlich sehr unangenehm. Als noch die Kadetten und die gemäßigten Sozialisten unter Kerenskis Führung am Ruder waren, protestierten sie gegen die gefährdete Einheit des Reiches. Die jetzige Maximalistenregierung steht aber in den Ukrainern ihre gefährlichsten Feinde, weil die von ihr vertretenen kommunistischen Ideen dort keinen Boden finden. Darüber ist es zum offenen Konflikt gekommen, der allmählich in einen regelrechten Bürgerkrieg ausartet. Eine solche Kraftprobe ist aber für Großrußland sehr gefährlich; denn durch die Sperrung der ukrainischen Ausfuhr gerät es in eine sehr schwierige wirtschaftliche Lage. Die Ukraine ist die Kornkammer und das Zentrum der Zuckerindustrie Rußlands. Vor allem aber entfallen zwei Drittel der Kohlenförderung des Gesamtreiches auf das ukrainische Gebiet. Die Petersburger Macht haben also alle Ursache, mit der Ukraine zu einem Ausgleich zu kommen.

Die Lage auf den Kriegsschauplätzen.

Die amtliche deutsche Meldung.

Westlicher Kriegsschauplatz. Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht: Südlich von Ypern war die Kampftätigkeit der Artillerien am Tag und zu einzelnen Nachtstunden lebhaft. Mit kleinen Abteilungen versuchte der Engländer vergeblich an mehreren Stellen in Flandern in unsere Kampfzone einzudringen. An der übrigen Front ist die Gefechtsintensität mäßig.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht: In den Argonnen, nördlich von Le Frenet de Paris, stießen französische Kompagnien nach tagsüber anhaltender Artilleriewirkung am Abend gegen unsere Stellungen vor: sie wurden durch Feuer und im Nahkampf abgewiesen. Auf dem östlichen Maasufer und in der Gegend von Filzen lebte das Artilleriefeuer zeitweilig auf.

Ostlicher Kriegsschauplatz. Nichts Neues. An der mazedonischen und italienischen Front ist die Lage unverändert.

Der erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Ein türkisch-englisches Seegefecht.

Der englische Bericht.

(B.Z.) London, 22. Jan. Die Admiralität teilt folgende Einzelheiten über das Gefecht vor den Dardanellen mit: „Göben“ und „Breslau“ kamen am frühen Morgen des 20. Januar aus den Dardanellen heraus und griffen unsere See- und U-Boote nördlich von Imbros an mit dem Ergebnis, daß „Maglan“ und „M 28“ schwere Treffer erhielten und durch Geschützfeuer zum Sinken gebracht wurden. Die feindlichen Schiffe fuhrten dann zur Bucht von Imbros weiter, wo die „Breslau“ in eines unserer Minenfelder getrieben wurde und auf eine Mine stieß und sank. Die „Göben“ verließ sie unter Vollampf und wandte sich nach den Dardanellen. Türkische Zerstörer, die der „Breslau“ zu Hilfe kamen, wurden von unseren Zerstörern in einen Kampf verwickelt und vertrieben. Als sich die „Göben“ dem Eingang zu den Dardanellen näherte, stieß sie ebenfalls auf eine Mine, welche ihre Geschwindigkeit verminderte und verursachte, daß sie sich hinten senkte mit einer Schlagseite von 15 Grad. Schließlich setzte sie sich selbst auf Strand auf der Westseite von Kap Nagara, wo sie jetzt beständig von unseren Flugzeugen mit Bomben beworfen wird. Wir haben 172 Ueberlebende der „Breslau“ gerettet, die jetzt als Kriegsgefangene in unserer Hand sind. Die Namen der Ueberlebenden von „Maglan“ und von „M 28“ sind bisher noch nicht bekannt. Gegenwärtig sind 132 Ueberlebende aus einer Gesamtzahl von 310 gemeldet.

Der türkische Bericht.

(B.Z.) Konstantinopel, 22. Januar. In frühem Angriff stießen vorgestern der Panzerkreuzer „Javus Selim“, der

Kleine Kreuzer „Midilli“ samt einigen Torpedoboote aus den Dardanellen vor, um feindliche Streitkräfte, die bei Imbros festgesetzt waren, zu vernichten. Zwei feindliche Monitore, und zwar der Monitor „Maglan“ (4- bis 500 Tonnen mit zwei 35,6-cm-Geschützen), ferner der Monitor „M 28“ (500 Tonnen mit einem 23,4- und einem 15,2-cm-Geschütz), 1 Transportdampfer von 2000 Tonnen, eine Signalstation und zahlreiche Munitionsdepots wurden vernichtet. Weidenseits herrichte rege Fliegeraktivität. Ein feindliches Flugzeug wurde im Laufe des Kampfes abgeschossen, ein anderes schwer beschädigt. Unsere Küstenbatterien beschossen erfolgreich feindliche Torpedoboote. Auf der Rückfahrt sank der „Midilli“ durch mehrfache Minentreffer.

Die deutsche ergänzende Meldung.

(B.Z.) Berlin, 23. Jan. Amtlich wird gemeldet: Am 20. Januar stießen türkische Streitkräfte, und zwar der Panzerkreuzer „Sultan Javus Selim“ (früher „Göben“), der kleine Kreuzer „Midilli“ (früher „Breslau“) und Torpedoboote aus den Dardanellen gegen feindliche Streitkräfte vor, die durch Fliegeraufklärung bei der Insel Imbros festgesetzt waren. Ein großer und ein kleiner englischer Monitor wurden vernichtet, ein Transportdampfer von 2000 Tonnen versenkt, mehrere Rüstschiffe schwer beschädigt, die englische Signalstation in der Kephato-Bucht zerstört. Beim Rückmarsch nach den Dardanellen ist der kleine Kreuzer „Midilli“ durch mehrere Unterwasserminen durch Minen oder Unterwasserboote gesunken. „Sultan Javus Selim“ kam beim Einlaufen innerhalb der Dardanellen an der Enge bei Nagara leicht fest. Er ist nicht, wie in der englischen amtlichen Meldung behauptet wurde, durch schwere Beschädigungen auf Strand geflohen.

Wie erinnertlich sind die beiden deutschen Kriegsschiffe, der Panzerkreuzer „Göben“ und der kleine Kreuzer „Breslau“ bei Kriegsausbruch im Mittelmeer gewesen. Sie haben damals sofort die französische Marokkokoüste beschossen und so zur Behinderung der Ueberführung der französischen Kolonialtruppen beigetragen. Nachdem sie in einem italienischen Hafen Kohlen gesamt hatten, sind sie der auf sie lauerten englisch-französischen Flotte entwichen und haben ohne Behinderung die Dardanellen erreicht. Die beiden Schiffe wurden dann von der Türkei angekauft und haben unserem Bundesgenossen inzwischen große Dienste geleistet. Dem deutschen Namen in der Welt aber haben sie, wie alle unsere Auslandskreuzer, Ruhm und Ehre gebracht, und die deutsche Flotte kann stolz sein auf solche Leistungen. Die Schriftleitung.

Neue U-Bootsverluste.

(B.Z.) Berlin, 23. Jan. (Amtlich) Unsere U-Boote im Mittelmeer waren kürzlich mit gutem Erfolg gegen den Transportverkehr nach Italien und dem Orient tätig. Sieben Dampfer und zwei Segler mit rund 27 000 Br.-M.-Tonnen sind ihren Angriffen zum Opfer gefallen.

Den Hauptteil an diesen Erfolgen hat Kapitänleutnant Becker (Franz). Alle Dampfer, bis auf einen, waren bewaffnet und fuhrten meist in stark gesicherten Geleitzügen. Unter ihnen konnten namentlich festgesetzt werden die englischen Dampfer „Egyptian Transport“, „Steelville“, „Atlantou“ und „Arab“, deren Vernichtung für die Kriegswirtschaft unserer Feinde von besonderer Bedeutung ist, weil mit ihnen 24 000 Tonnen Kohlen verloren gingen. Von den übrigen Dampfern hatte einer — der sehr starken Detonation nach zu urteilen — Munition geladen. Ein anderer anscheinend mit Reis tiefbeladener Dampfer wurde im Artilleriegefecht zäh verfolgt, auf die Klippen vor der Küste der Chrenaisa gejagt und dort trotz Eingreifens einer Landbatterie vernichtet. — Die beiden Segler mit den Namen „Ginseppe“ und „San Antonio“ waren italienischer Nationalität. Von ihnen hatte ersterer Holzladung.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

(B.Z.) Berlin, 23. Jan. Kaum ein Tag vergeht, ohne daß Versenkungen aus Geleitzügen — auch aus stark gesicherten — gemeldet werden. Man nimmt sogar wahr, daß aus ein und demselben Geleitzug mehrere Dampfer herausgeschossen werden, während früher meist nur ein Schiff des Zuges dem Angriff zum Opfer fiel. Diese Steigerung unserer Erfolge zeigt, daß auch das Geleitzugsystem nicht das von unseren Feinden erhoffte, unbedingt zuverlässige U-Bootsabwehrmittel bietet. Auch wenn

wie kein einziges Schiff bedoren haben," schreibt das "Journal of Commerce" in seiner Schiffbaunummer vom 27. Dezember, "bedeuten Geleitzüge eine Vergeudung von Frachtraum; denn ehe sich ein zuweilen bis auf 20 und mehr Schiffe belaufendes Handelsgeschwader an gemeinsamen Treffpunkt versammelt und seine Reise zurücklegt, verbringt viel unnütze Zeit. Die Geschwindigkeit des langsamen Schiffes ist maßgebend für den ganzen Zug. Im Hafen entstehen neue Verzögerungen durch Warten auf diejenigen Transporte, die mangels Entladungseinrichtungen nicht sofort gelöscht werden können." — Der französische Verpflegungsminister Boret schätzte am 8. Dezember die Verminderung der Transportmöglichkeit durch die Geleitzüge auf 20 Prozent und in der "Times" vom 28. Dezember schreibt F. Allen, Vorsitzender der Rheinischen Postdampferschiffahrtsgesellschaft, daß die Notwendigkeit, in Geleitzügen zu fahren, die auf eine Reise zu verwendende Zeitspanne verdoppelt.

Die russische Frage.

Die Lage in Oesterreich-Ungarn.

In Rußland scheint der Wirrwarr wieder zuzunehmen. Die gegenrevolutionären Elemente gewinnen an Kraft und bescheiden sich deshalb nicht mehr mit passiver Opposition. Die Auflösung der gesetzgebenden Versammlung durch die Maximalisten hat natürlich den Bürgerlichen und gemäßigten Sozialisten jeden Agitationsstoff gegeben. Die Maximalisten haben aber einsehen müssen, daß zur Durchführung eines bestimmten Staatswillens eben die Macht notwendig ist, und daß nur die Regierung auch tatsächlich regieren kann, die die Macht besitzt, ihren Maßnahmen auch Anerkennung und Befolgung zu sichern. Da ein großer Teil des russischen Volkes über die Zweckmäßigkeit und Rechtmäßigkeit der Maßnahmen der Maximalistenregierung aber anderer Ansicht ist, so bekämpft er diese Regierung, und es wird sich nun zeigen müssen, welche Richtung schließlich den Sieg davon trägt. Aus diesen inneren Erfahrungen sollten die russischen Unterhändler aber auch erkennen, welche eine schwierige Sache es mit der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker ist. Wollten die Mittelmächte schließlich der Anschauung der Russen nachgeben und in den besetzten Gebieten eine allgemeine Volksabstimmung zulassen, die selbst die unrentablen Elemente umfassen würde, so könnte man auch mit einem solchen Wirrwarr rechnen, wie er jetzt in Rußland herrscht. Eine neue Komplikation in den russischen Beziehungen mit der Ukraine ist dadurch eingetreten, daß in Charlow sich eine Regierung gebildet hat, die den Anschauungen der Maximalisten entspricht, indem sie sich auf die Beschlüsse der Arbeiter- und Soldatenräte gründet, und die dem Generalsekretariat der Ukraine in Kiew und der dortigen Regierung das Recht abspriht, im Namen der Ukraine die Friedensverhandlungen zu führen. Die Charlower Maximalistenregierung erstreckt den Anschluß an die Petersburger Regierung als an das Zentralorgan der allrussischen Republik. Die russische Abordnung in West-Bukowina will nun Mitglieder der ukrainischen Maximalistenregierung zu den Friedensverhandlungen herangezogen wissen, während die Mittelmächte also wohl die Verhandlungen mit den bisherigen Vertretern der Ukraine, die schon bis zur Verständigung gediehen waren, abbrechen sollen. Das würde natürlich einer Verschleppung des Friedens mit der Ukraine gleich kommen. Wir glauben kaum, daß unsere Vertreter darauf eingehen werden. Sie dürften sich demgegenüber auf den Standpunkt stellen, daß die Russen und Ukrainer diese Streitfrage unter sich ausmachen sollen, und daß wir nur mit solchen Abordnungen verhandeln können, deren Regierungen die tatsächliche Macht im Lande besitzen. In der Ukraine scheint das aber vorläufig die bürgerliche Regierung zu sein.

Wie sich die Russen mit den Rumänen auseinandersetzen, darüber haben wir heute auch noch keinen Anhaltspunkt. Die letzten Nachrichten wissen sogar von Kämpfen, die zwischen beiden Parteien im Gange seien. Wir werden aber doch abwarten müssen, ob sich diese Marmeladen bestärken.

Nicht gerade fördernd für unsere Friedensverhandlungen im Osten war der Ausstand der österreichischen Arbeiterschaft, der seinen Ursprung in der Lebensmittelnot und Teuerung hatte, und, wie das in solchen Zeiten immer geht, politischen Charakter annahm. An den desorganisierten Zuständen in Oesterreich-Ungarn bezüglich der Lebensmittelversorgung und deren Folgen mögen diejenigen bei uns, die immer wieder die Forderung nach Aufhebung der Zwangswirtschaft in der Landwirtschaft stellen, sehen, welche Gefahren ein Abweichen von unserem bisherigen Versorgungssystem, das trotz mancher Mängel doch gut funktioniert, mit sich bringen würde. Zwar hat die große Mehrzahl der Arbeiter in der verbündeten Monarchie auf das Versprechen der Regierung, der wirtschaftlichen Desorganisation abzuwehren, die Arbeit wieder aufgenommen, aber im Krieg kann ein staatlicher Wirtschaftskörper selbst nicht auf wenige Tage solche Erschütterungen ohne Schaden für die Kriegführung ertragen. Deshalb ist das Vorgehen der österreich-ungarischen Arbeiter sehr zu bedauern, dann aber auch im Hinblick auf die Wirkung nach außen. In Ungarn scheint die Angelegenheit eine friedliche Beilegung erfahren zu haben. In Oesterreich aber ist das Problem wesentlich schwieriger. Dort machen die Tschechen kein Hehl aus ihrer Absicht, sich von der österreichischen Monarchie loszulösen; sie fassen aber das von ihnen angeordnete Selbstbestimmungsrecht der Völker so auf, daß sie natürlich auch die Gebiete, in denen etwa 3 1/2 Millionen Deutsch-Böhmen wohnen, zum künftigen Tschechenstaat geschlagen wissen wollen. Allerdings vertritt man diesen Deutschen Freiheit in jeder Beziehung; aber wie die Tschechen die nationale Freiheit achten, das haben wir nicht nur im Kriege selbst, sondern schon lange

vor dem Kez in tausend ersten Vorfällen erlebt. Die Deutschen wehren sich natürlich gegen die tschechischen Vergewaltigungsabsichten, und die Regierung hat deshalb einen schweren Stand, weil sie danach trachtet, diese auseinanderstrebenden Nationalitäten unter einen staatlichen Hut zu bringen. Ob ihr das gelingen wird, ist bei dem eigensinnigen Charakter der Tschechen fraglich.



Die Deutsch-Böhmen gegen die Bestrebungen der Tschechen.

(W.B.) Wien, 22. Jan. (Korr.-B.) Die deutsch-böhmische Vereinigung hat beschlossen, im Abgeordnetenhaus eine Erklärung abzugeben, worin gegen die Bestrebungen der Tschechen entschiedene Stellung genommen und die Errichtung einer selbstständigen Provinz Deutsch-Böhmen mit allen Eigenschaften, Rechten und Einrichtungen eines Kronlandes im Rahmen des Kaiserthums Oesterreich und ohne irgend welche Abhängigkeit von tschechischen Teilen Böhmens gefordert wird. Die Deutsch-Böhmen werden den Landtag des Königreichs niemals anerkennen und keinesfalls dulden. Sie verlangen für die Provinz Deutsch-Böhmen eine eigene Landesvertretung, aufzubauen auf dem allgemeinen gleichen und direkten Wahlrecht, Abgrenzung und Vereinigung der deutschen Gebiete Böhmens und für diese Gebiete die einem Kronland zuzehörenden Zentralstellen, Anstalten und Einrichtungen, ferner Zurückziehung aller tschechischen Staatsbeamten und -diener aus Deutsch-Böhmen, sowie ausschließliche Geltung der deutschen Sprache in Amt und Schule dafelbst.

Wünsche der ungarischen Arbeiter.

(W.B.) Budapest, 22. Jan. (Ung. Korr.-B.) Ministerpräsident Bekere empfing die Arbeiterabordnung, die die Denkschrift mit den Beschlüssen der Arbeiterversammlung überreichte. Der Denkschrift zufolge drücken die Arbeiter den Wunsch aus, daß die auswärtige Vertretung der Völker der Monarchie den annerkennenden auf Selbstbestimmungsrecht beruhenden Frieden baldigst abschließen, daß der dem Abgeordnetenhaus unterbreitete Wahrschickentwurf ohne Verzug verhandelt werde, daß, falls die Tiszapartei die Erledigung verhindern sollte, das Haus aufgelöst werde. Sodann wünschen die Arbeiter gerechte, billige Verteilung der Lebensbedarfsartikel an die Arbeiter. Der Ministerpräsident erwies bezüglich des Friedensschlusses auf die bekannte Erklärung Czernias und fügte hinzu, daß die ungarische Regierung die Friedenspolitik mit voller Kraft unterstützen werde. Der Ministerpräsident bemerkte jedoch, daß die Ereignisse, wie Streiks, die Friedensverhandlungen ernstlich gefährden. Falls die Arbeiter das Zustandekommen des Friedens wünschten, müßten die entstandenen Betriebsstörungen sofort eingestell werden. Bezüglich des Wahrschicks wiederholte der Ministerpräsident die Versicherung, daß die Regierung mit dem Wahrschick übereinstimme. Sie werde alles tun, um das Zustandekommen des Gesetzes zu beschleunigen. Falls für das Wahrschick keine Mehrheit im jetzigen Augenblick erreicht werden könne, werde die Regierung an die Wähler appellieren. Was die Lebensmittelfrage betrifft, so sagt er, ist die Regierung zu energischen Maßnahmen entschlossen, um der durch den Krieg bewirkten schwierigen Verhältnisse Herr zu werden und so die genügende Versorgung mit Lebensmitteln durchzuführen. Die Regierung schloß der Ministerpräsident, gibt die Erklärung unter keinerlei Druck von außen ab, sondern um Mißverständnisse zu zerstreuen, die manigfaltig zu Betriebsstörungen führten. Die Regierung erwartet, daß die Arbeiter nunmehr zur Arbeit zurückkehren. Der Führer der Abordnung nahm die Antwort des Ministerpräsidenten zur Kenntnis, dankte und drückte die Hoffnung aus, daß die Arbeit in sämtlichen Betrieben aufgenommen werde. Montag früh werde in jenen Werkstätten, wo der Betrieb unterbrochen war, die Arbeit wieder aufgenommen.

Die deutsche Kommission in Petersburg.

(W.B.) West-Bukowina, 22. Jan. Die deutsche Kommission für wirtschaftliche Angelegenheiten hat ihre vorgestern begonnenen Beratungen mit den russischen Vertretern gestern fortgesetzt. Die Vorarbeiten für die weiteren wirtschaftlichen Kommissionsberatungen wurden einer Subkommission überwiesen, die bereits gestern nachmittag ihre Arbeit aufgenommen hat. Vorgestern und gestern haben auch die ersten offiziellen Beratungen der deutsch-russischen Rechtskommission stattgefunden. Es wurden im einzelnen beraten und formuliert: die Beendigung des Kriegszustandes, sowie die Wiederherstellung der diplomatischen und konsularischen Beziehungen, die Entschädigungsfrage und die Wiederherstellung der Staatsverträge. Gegenwärtig wird über die Wiederherstellung der Privatrechte verhandelt.

Kritische Lage in Petersburg.

(W.B.) Berlin, 23. Januar. Der "V. L.-A." schreibt: Gestern abend wurde in parlamentarischen Kreisen die Lage in Rußland als recht kritisch angesehen. Dasselbe Blatt meldet: Ein Erlaß der russischen Volkskommissare wendet sich gegen die drohende Erhebung in der russischen Hauptstadt, wo die Bolschewiki gegenwärtig nicht über ausreichende Kräfte verfügen. Es wird angenommen, daß die Petersburger Regimenter den Bolschewiki nicht mehr blindlings ergeben sind, sondern sich bei einem neu aufstammenden Bürgerkrieg neutral verhalten werden. Die Bolschewiki trafen Gegenmaßnahmen durch Heranziehung ergebener Matrosen und sinistischer Truppen, sowie durch Verstärkung der lettischen Scharfschützen. Bedenklich ist auch die tägliche Verschärfung der Lebensmittelkrise. "Prabda" selbst bezeichnet die Lage der Volkskommissare als kritisch. In allen Straßen Petersburgs erklingten Anschläge daran, daß die Stadt sich im Besatzungsstande befinde.

Ermordung zweier Mitglieder des Kabinetts Kerenski.

(W.B.) New York, 22. Januar. "N. Y. Press" meldet aus Petersburg: Die früheren Mitglieder des Kabinetts Kerenski, Tschingrew und Koloschkin, wurden heute nacht im Marienhospital, wohin sie aus der Peter-Paul-Festung krankheitshalber verbracht worden waren, in ihren Betten ermordet. Ein Dutzend bewaffneter Männer waren in das Spital eingedrungen und hatten gefragt, wo die Minister liegen. Sie feuerten sechs Schüsse auf Tschingrew und zwei auf Koloschkin ab. Beide wurden getötet. Die Mörder verließen dann das Hospital. Ein weiterer Mordversuch gegen den bolschewistischen Wahlkommissar Driiski wurde gestern ebenfalls unternommen, ist aber gescheitert, da die Kugel ihn am Ohr streifte.

Ausbeutung Rußlands durch die Entente.

"Avanti" vom 4. Januar übernimmt vom "C. Vellece" einen Artikel Brailsford's im Londoner "Herald", worin es heißt: "Der Schlüssel zur Haltung der Entente Rußland gegenüber liegt in den ökonomischen Beziehungen. Seit 1906 hat das englische Kapital seinen Weg nach Rußland genommen, wozu später auch das amerikanische kam. Jetzt kann der Export aus Rußland die Interessen bezahlen. Da die Finanzen materielle Garantien verlangen, so hat man diese in Konzessionen gefunden. Schon vor der Revolution, aber vor allem nachher, sind in Sibirien, im Ural und in Rußland selbst den englischen und amerikanischen Minensyndikaten Konzessionen gemacht worden. Die Ausbeutung des Landes ist in einer Weise geschieden, als ob es sich etwa um die Türkei, China oder Persien handelte. Uebrigens war das unvermeidlich; der Kapitalismus arbeitet immer in dieser Richtung. Die zweite Phase ist die Einrichtung einer gewissen Kontrolle gewesen. Beispielsweise ist ein englischer Offizier als Finanzkontrolleur der Petersburger Gemeindeverwaltung eingesetzt. Hieraus erklärt sich die augenblickliche Unpopularität der Entente bei den russischen Sozialisten. Sie mißtrauen dem internationalen Kapital." Der Rest des Artikels ist von der Zensur gestrichen.

Aus dem feindlichen Lager.

England und die U-Bootgefahr.

(W.B.) Rotterdam, 22. Jan. Nach dem "N. N. C." erklärte das liberale Unterhausmitglied George Lambert in einer Rede in Rotterdam, daß die Verluste der englischen Handelsflotte infolge des U-Bootkrieges unvermindert fortbauern. Im Dezember seien 30 Prozent mehr Schiffe versenkt worden als im November. Im letzten Jahre seien 3 1/2-mal so viel englische Schiffe gesunken, als gebaut wurden, und nicht nur die Schiffe, sondern auch die Ladungen seien verloren. Unterdessen bauten die Deutschen noch größere Unterseeboote. Alle patriotischen Engländer hofften, daß die Organisation der Admiralgattungen in ihrer Neubildung zur Folge haben werde, daß man der Unterseebootsgefahr Herr werde. Die Lebensmittelversorgung in England sei eine sehr ernste Sache geworden. Die Lebensmittel seien die Voraussetzung dafür, daß die Nation und die Armee am Leben bleiben. Der Redner drang zum Schluß auf eine größere Sparsamkeit im Verbrauch von Lebensmitteln.

Eine englische Arbeiterkundgebung für den Frieden.

(W.B.) London, 22. Jan. Reuter meldet: Eine Versammlung von 8000 Mechanikern im Woolwicharsenal nahm eine Entschlieung an, worin die Regierung aufgefordert wird, mit den Kriegführenden auf der Grundlage der Selbstbestimmung aller Nationen, sowie des Grundsatzes "keine Annexionen und keine Entschädigungen" zu unterhandeln. Wenn dieses Vorgehen den Beweis erbringen sollte, daß der deutsche Imperialismus das einzige Hindernis des Friedens sei, dann sei die Versammlung entschlossen, den Krieg fortzusetzen, bis dieses Ziel erreicht sei. Die Entschlieung forderte auch eine entsprechende Vertretung der Arbeiter in allen Ländern und schlug eine internationale Konferenz vor, um den Frieden der Völker zu sichern.

Der Getreidemangel in Italien.

(W.B.) Bern, 22. Jan. Der italienische Lebensmittelkommissar Crespi hat verfügt, daß vom 1. Februar ab Brotgetreide mit 20 bis 30 Prozent anderer Getreidearten vermischt werden muß. Ferner sollen ab 1. Februar bei der Zubereitung von Pasta auf einen Doppelcentner Hartkorn 75 Kilo Suppenreis kommen. Diese Maßregeln, die in den kommenden Monaten noch verschärft würden, hätten sich wegen der geringen Getreidevorräte auf dem Weltmarkt notwendig gemacht. Crespi hat außerdem eine Kontrolle sämtlicher Mühlen eingeführt, um zu verhindern, daß Getreide, das der Regierung nicht angezeigt worden ist, gemahlen werden kann. — (Die Maßnahmen sind nicht nur auf die Getreidemangel, sondern vor allem auf die durch den U-Bootkrieg hervorgerufene Schiffsräumnot zurückzuführen. D. Schriftl.)

Wilson duldet keine Kontrolle seiner Tätigkeit.

(W.B.) Washington, 22. Jan. (Reuter.) Im Kongreß wurde ein Gesetz zur Errichtung eines Kriegskabinetts, bestehend aus drei hervorragenden Bürgern von erwiesenen organisatorischen Fähigkeiten vorgelegt. Wilson Vater bezweifelte, ob die Gesetzesvorlage die Unterstützung der Regierung finden werde. Er glaube zu wissen, daß sie bei Wilson auf starke Gegnerschaft stoßen würde, weil sie die persönliche Leitung der Kriegsführung aus seinen Händen nehmen würde.

(W.B.) Washington, 22. Jan. (Neuer.) Präsident Wilson hat eine Erklärung gegen die Bildung des Kriegskabinetts veröffentlicht, in der gesagt wird, daß wirksame Reorganisationsmaßnahmen bereits getroffen worden seien.

Verzögerung in der Ausrüstung der amerikanischen Armee.

(W.B.) Bern, 22. Jan. Washingtoner Meldungen der Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“ zufolge, hat die nunmehr abgeschlossene Untersuchung der Gründe der Verzögerung in der Ausrüstung des amerikanischen Heeres seitens eines besonderen Senatsausschusses eine Reihe von groben Nachlässigkeiten ergeben, die den Rücktritt des Chefs des amerikanischen Militärdepartements, General Crozier, unmittelbar erwarten lassen und die Stellung des Kriegsfeldmarschalls Baker schwer erschüttert haben. Es wurde unter anderem festgestellt, daß die Armee bei der Kriegserklärung kein Maschinengewehr besaß, obwohl Mitte des vorigen Jahres über 12 Millionen Dollar bewilligt worden waren. Da die bezüglichen Waffen nicht vor April fertiggestellt werden, benötigen die in Frankreich befindlichen amerikanischen Truppen französische Maschinengewehre. Solche müssen auch für Ausbildungszwecke in Amerika aus Frankreich bezogen werden. Crozier schob die Schuld dafür Baker zu, der monatelang habe experimentieren lassen und schließlich die Einführung eines Browning-Maschinengewehrs verfügt habe, ohne praktischen Vergleich mit anderen Waffen, die sich im Felde bewährt haben, angestellt zu haben. Die Untersuchung ergab ferner, daß die amerikanischen Truppen bisher mit Holzgewehren von alten Modellen erzogen, da erst ganz kürzlich neue Gewehre geliefert werden konnten. Der Verzug entstand dadurch, daß das Kriegsdepartement sich zur Annahme eines verbesserten Typus des englischen Enfieldgewehrs entschloß, das zeitraubende Veränderungen an der Maschinerie der amerikanischen Gewehrfabriken nötig machte und starke Betriebsstörungen verursachte.

Die australische Ernte.

(W.B.) Amsterdam, 22. Jan. „Mg. Odisblad“ zufolge erfährt die „D. Mail“ aus Sydney, daß die gegenwärtige australische Getreidernte im nächsten Jahre nicht über See verfrachtet werden könne. Von den beiden früheren Ernten seien noch große Mengen unverkauft. Die jetzige Ernte werde auf insgesamt 120 Millionen Bushels geschätzt, wovon 40 Millionen Bushels für den Verbrauch in Australien notwendig seien.

Bermischte Nachrichten.

Wichtige Besprechungen.

(W.B.) Berlin, 23. Jan. Die ursprünglich für gestern geplante Besprechung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes v. Kühlmann mit den Führern der Reichstagsfraktionen findet heute nachmittags um 5 Uhr statt. Für Donnerstag bleibt es bei der angekündigten Rede des Reichskanzlers. Zu demselben Tage ist, wie die „Voss. Ztg.“ erfährt, der auswärtige Ausschuß der österreichischen Delegation einberufen, in dem Graf Czernin wichtige Erklärungen abzugeben beabsichtigt.

Französische Mitternacht gegen Russen.

Die Comier „Feuille“ entnimmt der „Victoire“ folgende beschämende Geschichte aus Paris: „Eine Frau russischer Abkunft hat ein Kind von drei Monaten. Um Milch zu bekommen, braucht sie eine ärztliche Bescheinigung. Sie will sie bei der zuständigen Stelle ihres Quartiers, in der Rue du Chemin Vert, holen. Sie hat noch nicht ihr Gesicht ausgesprochen und ihren Namen genannt, als der Arzt in wilden Zorn gerät: „Was, eine Russin? Schämten Sie sich nicht, hier um Milch für Ihren Balg zu betteln? Wir können uns an den Russen nicht rächen, aber Ihr Kind muß krepieren.“ Die arme Mutter, in Tränen aufgelöst, versucht ihm zu sagen, daß der Vater ihres Kindes in die Fremdenlegion eingetreten ist. „Fremdenlegion!“ schreit der Arzt — „das ist nur, um besser zu spionieren!“ Und er wirft ihr die Milchkarte auf den Boden, die er nicht berechtigt ist, zu verweigern.“ Diese Art der Behandlung der vor kurzem noch so vergötterten Russen ist nach den trübten Erfahrungen, die wehrlose, tapfere deutsche Kriegsgefangene planmäßig erdulden müssen, kaum verwunderlich. Daß der „Culture“-Firniss bei den Franzosen nur sehr dünn aufgetragen ist, hat der Krieg überall nachgewiesen.

Holland vermietet Schiffe an Amerika.

(W.B.) Berlin, 23. Jan. Aus Washington wird gemeldet, die holländische Regierung habe beschlossen, 80 holländische Dampfer, die jetzt in amerikanischen Häfen liegen, an Amerika zu vermieten. Das vorläufige Abkommen sei in London unterzeichnet worden. Es bestimmt, daß die Schiffe nicht im Kriegsgebiet fahren sollen. — Bekanntlich hat Amerika die Schiffe der Neutralen widerrechtlich zurückgehalten; man verlangte von ihnen, daß sie für die Alliierten Waren führen, wenn sie Kohlen für ihren Betrieb erhalten wollten. Das haben die meisten Meeder abgelehnt, weshalb ihre Schiffe in den amerikanischen Häfen festgehalten waren. Es sind nun mit allen europäischen Neutralen Verhandlungen über die Verwendung neutralen Schiffsraums eingeleitet worden. Wenn die Neutralen nicht auf die amerikanisch-englischen Bedingungen eingehen, erhalten sie keineswegs Lebensmittel und Rohstoffe. Das heißt Wilson dann die „Freiheit der Neutralen und der Meere“. Die Schriftl.).

Ämtliche Bekanntmachungen.

Schweinefettabgabe.

Außer bei den gewerblichen Metzgern kann die Fettmarke H mit 50 Gramm Wert vom Montag den 23. Januar 1918 ab auch bei der Sammelstelle des Kommunalverbands — Metzgermeister Widmayer in Calw — eingelöst werden. Besorgnis, daß nur die zuerst Kommennden ihr Fett erhalten, besteht nicht.

Die Schultheißenämter wollen Vorstehendes in ihrer Gemeinde bekanntgeben. Von denjenigen Personen, welche Schweinefettmarken erhalten haben, nun aber infolge Haus-schlachtung als Selbstversorger gelten, sind die Fettmarken, soweit dies noch nicht geschehen, unverzüglich zurückzubringen.

Die Schultheißenämter werden beauftragt, bis 1. Februar d. J. dem Oberamt auf einer Postkarte mitzutellen, wieviel ganze und halbe Schweinefettmarken ausgegeben worden sind. Diese Zahlen dürften mit den Zahlen der Fleischversorgungsberechtigten übereinstimmen.

Calw, den 22. Januar 1918.

Kgl. Oberamt: Binder.

Marmelade

das Pfund zu 85 S., ist zu haben bei Spar- und Konsumverein, Pfannkuch & Co., Georg Pfeiffer, R. Otto Vincon, Friedrich Lamparter, Otto Stidel, Maier (Vorstadt), L. Kempf, Friedrike Pfeiffer, Fräulein Hegele.

Auf den Kopf der Bevölkerung darf ½ Pfund abgegeben werden; etwaige Restbestände können von Samstag den 26. d. Ms. an frei verkauft werden.

Calw, den 21. Januar 1918.

Kommunalverband: Binder.

Saatgutverkehr.

Die Landwirte werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie ihre Anträge auf Ausstellung von Saatkarten durch Vermittlung der Herren Ortsvorsteher beim Kommunalverband unter Angabe der jeweiligen Anbaufläche zu stellen haben.

Die Herren Ortsvorsteher haben diese Anträge einer Vorprüfung zu unterziehen und sich zu denselben gütlichlich zu äußern.

Calw, den 22. Januar 1918.

Kgl. Oberamt: Binder.

Die Rehrseite des Preiswuchers in der Damenkonfektion.

Im Berliner Konfektionsviertel zwischen Hausvogtelplatz, Spittelmarkt, Potsdamer Platz, herrscht Heulen und Zähneklappen. Nur eine erhebliche Kriegsverlängerung kann zahlreiche Geschäfte vor Millionenpleiten retten. Andere werden aber sowieso, ob auch der Krieg noch lange dauert, ihre Pforten mit Rieserverlusten schließen müssen, da sie ihren Zahlungsverbindlichkeiten schon heute nur noch unter Anwendung von gewagten Ausbittelmitteln nachzukommen vermögen. Es hatte sich schon im vergangenen Herbst herumgesprochen, daß die meisten Großbetriebe für Damenkleidung in der Spekulation auf eine unerhörte neue Preissteigerung sich mit Stoffen zu Preisen reichlich eingedeckt hätten, bei denen ein Gewinn nur möglich sein könnte, wenn entweder der Krieg noch ein Jahr und darüber dauert, oder wenn die Kleinbetriebe willige Abnehmer für die überteueren fertigen Kleider sein würden. Nun hat es sich, ganz unabhängig von der Dauer des Krieges, schon jetzt herausgestellt, daß die Spekulation dieser Herrschaften arg in die Brüche gegangen ist, weil nämlich die Kleinbetriebe den Tanz ums goldene Kalb nicht mitmachen können; ihre Kundenschaft ist nämlich zur Besinnung gekommen und hat sich gesagt, daß man sich bei den unverschämten Preisen, die von der Großkonfektion gefordert werden, einige Zurückhaltung auferlegen und bis zum Frieden warten könnte mit weniger dringlichen Einkäufen. Diese sehr verständige Haltung der Einzelabnehmer, also des Publikums, hat nun die Gefahr von einem wahrhaft fabelhaften Krach in der Berliner Konfektionswelt heraufbeschworen. Die Wirkungen dieser Fehlschläge werden sich naturgemäß auch in der Provinz bei den Erzeugern der Stoffe, die unbenuzt zu ungezählten Millionen in den Lagerräumen der Verfertiger daliegen, geltend machen, und wir werden das erhebende Schauspiel gesehen, in einen angemessenen Abgrund gegenseitiger Kriegsbewucherung und unansehlicher Spekulationen zu bilden. Die Geschichte dieses Wuchermanders Kan-daldeser Art hat aber noch ein zweites Gesicht: Während sich heute Hinz und Kunz die Weine ablaufen müssen, um einen Beugungschein für ein Kleidungs- oder Wäschestück zu ergattern, liegen Stoffe aller Art zu Millionen von Werten vollkommen unberührt in den Räumen der Verfertiger, die händeringend und verzweifelt nach Absatz schreien, damit sie nicht länger auf dem Trocknen sitzen bleiben. Von den Erzeugern waren ihnen die Stoffe, wie gesagt, zu schmächtlich hohen Preisen aufgeschwagt worden, bereits angefertigte Stücke wurden in die Provinz gelangt, von wo sie unter allen möglichen Ausflüchten, oft auch unter dem Hinweis auf die wucherische Höhe der Preise wieder zurückkommen. Manches Konfektionsgeschäft hat jetzt für über drei Millionen Mark Stoffe unverbraucht auf Lager und soll nun an den Käufer zahlen, ohne jegliche Aussicht, das Lager in absehbarer Zeit auch nur zur Hälfte zu räumen. Selbst Rußland könnte nichts retten, auch wenn es noch soviel abnähme. Denn die Preise sind eben von einer schwindelerregenden Höhe.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 23. Januar 1918.

Kriegsverluste des Oberamts Calw.

Aus der württembergischen Verlustliste Nr. 633.

Michele, Albert, Uffz., 13. 7., Deckenpfronn, l. verw. — Bauer, Friedrich, 3. 3., Monakam, Schw. verw. — Säger, Joseph, 19. 2., Weilderstadt N. Leonberg, l. verw. — Kober, Jakob, 28. 3., Stammheim, gef. — Luz, Fritz, Tamb., 15. 9., Gillingen N. Nagold, l. verw. b. d. Tr. — Koller, Michael, 14. 4., Neuweiler, l. verw. — Schönhardt, Friedrich, 28. 9., Weilderstadt N. Leonberg, l. verw. — Schrotz, Johannes, Gefr., 30. 12., Oberkollbach, l. verw. — Weiß, Rudolf, Gefr., 17. 4., Althengstett, inf. Fern. gest. — Wurster, Friedrich, 12. 10., Oberweiler, in Gefsch.

Die Versorgung entlassener Mannschaften mit bürgerlicher Kleidung.

Jeder zur Entlassung kommende Mann, der sich nicht im Besitz bürgerlicher Bekleidung befindet, erhält vom Truppenteil leihweise einen militärischen Marschanzug; diesen behält er solange, bis es ihm gelingt, sich bürgerliche Kleidung zu verschaffen. Im Falle der Bedürftigkeit, die vom Schultheißenamt des Orts, nach dem der Mann entlassen wurde, zu bescheinigen ist, kann dieser Marschanzug (bestehend aus Mütze, Rock, Halsbinde, Hose, Unterhose, Hemd und Fußbekleidung) dem Mann von dem Truppenteil ganz oder teilweise dauernd belassen werden. In kalter Jahreszeit wird zum Marschanzug auch ein Mantel gegeben — aber immer nur leihweise. Für bedürftige Entlassene ist bürgerliche Kleidung durch die Kommunalverbände (in Württemberg die Amtskörperschaften und die Stadtgemeinde Stuttgart) bereitzustellen. (Bundesratsverordnung vom 22. März 1917, Reichsgesetzblatt S. 257, und Bekanntmachung der Reichs-bekleidungsstelle vom 25. August 1917 — Staatsanzeiger für Württemberg Nr. 215 vom 14. September 1917). Abgabepflichtig ist der Kommunalverband, in dessen Bezirk der Mann nach dem Eintrag in seinen Militärpapieren entlassen worden ist. Das Rote Kreuz, das bisher, unterstützt vom Kriegsministerium, auch bürgerliche Bekleidung für bedürftige Entlassene bereitgestellt und abgegeben hat, ist mit Rücksicht auf die Knappheit des Materials nicht mehr in der Lage, sich dieser freiwillig übernommenen Aufgabe auch fernerhin zu unterziehen.

Wann darf eine Kriegswitwe wieder heiraten?

Die Frage, wann Kriegswitwen wieder heiraten dürfen, wurde dieser Tage aktuell, da eine getreue Ehehälfte drei Monate nach dem Tode ihres Mannes mit einem andern in die Ehe trat. Nach dem Gesetz darf eine Witwe erst 10 ½ Monate nach dem Tode des Ehemannes sich wieder verheiraten. Wenn nun aber, was jetzt leicht möglich ist, einwandfrei nachgewiesen wird, daß der Verstorbene durch seinen Aufenthalt im Feld mindestens dieselbe Zeit über keine Gemeinschaft mit seiner Frau mehr haben konnte, steht einer neuen Eheschließung nichts im Wege.

Nochmalige Registrierung der Hilfsdienstpflichtigen.

Aus Berlin wird mitgeteilt: Die Bundesratsverordnung vom 13. Januar 1917 betr. weitere Bestimmungen über die Ausführungen des § 7 des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst ist vielfach mißverstanden worden. Nach der Bundesratsverordnung vom 1. März 1917 hatten sich nur die nicht mehr landsturmpflichtigen Personen zu melden und auch von diesen ist eine große Zahl ausgenommen. Die Erfahrung hatte nun gelehrt, daß diese Ausnahmebestimmung häufig falsch verstanden wurde, indem man die Meldepflicht zum Hilfsdienst mit der Hilfsdienstpflicht selbst verwechselte und daß infolgedessen zahlreiche Meldepflichtige sich zu Unrecht nicht gemeldet hatten. Um nun den Einberufungsausschüssen einen möglichst zuverlässigen Ueberblick über die Zahl der in ihren Bezirken sich aufhaltenden Hilfsdienstpflichtigen zu geben, ist die Anordnung einer abermaligen Registrierung der Hilfsdienstpflichtigen, erschöpft sich die Bedeutung der Verordnung. Es kann also keine Rede davon sein, daß diejenigen Personen, die sich auf Grund der Verordnung zu melden haben, mit einer alsbaldigen Heranziehung zu einer anderen Beschäftigung als ihrer bisherigen zu rechnen haben. Folglich kann jeder, der bereits im Hilfsdienst steht, seine bisherige Beschäftigung beibehalten.

Württembergische Sparkasse.

Die Württembergische Sparkasse (Landessparkasse) veröffentlicht im heutigen „Staatsanzeiger“ ihre Rechnungsergebnisse vom 1. Januar bis 31. Dezember 1916. Darnach betrug am 31. Dezember 1916 das Gesamtguthaben der Einleger 236 511 080,92 Mark. In dem Berichtsjahr hat die Sparkasse gegenüber dem Stand vom 31. Dezember 1915 einen Mehrbetrag der Einlagen von 4 302 156,80 Mark aufzuweisen. Die Aktiva betragen 262 550 720,68 Mk., die Passiva 250 159 729,42 Mk., der Vermögensüberschuß 12 190 991,26 Mark; er ist gegenüber dem Vorjahr um 198 576,37 Mk. größer geworden.

(S.C.V.) Bühlertann (N. Ellwangen), 22. Januar. Im hiesigen Gemeindebezirk mußte, laut „Vp u. Jagztg.“, bei dem gegenwärtigen Schweinemassenmord ein Schwein, das wegen seines großen Umfanges nicht mehr zur Stalltür herausgebracht werden konnte, erschossen werden. Das Schwein hatte ein Gewicht von 5 Zentnern und das hohe Alter von beinahe sieben Jahren.

für die Schriftl. verantwortl. Otto Seltmann, Calw. Druck u. Verlag der A. Velschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Stellv. Generalkommando XIII. (R. W.) Armeekorps.
Bekanntmachung
 betreffend die Arbeitsverträge der russisch-polnischen
 Wanderarbeiter.

Auf Grund der §§ 4 und 9 b des preuß. Gesetzes über den Be-
 lagerungszustand in Verbindung mit dem Reichsgesetz vom 11. Dezem-
 ber 1916 wird hiemit folgendes bestimmt:

1. Der Befehl des stellv. Generalkommandos Abt. III c Nr. 101661 vom 4. Januar 1917 nebst den dazu ergangenen Ergänzungen und Abänderungen, insbesondere den Erläuterungen und Ausführungsbestimmungen vom 11. März 1917, behält fortdauernde Geltung auch für das Wirtschaftsjahr 1918. Der Befehl nebst den Ausführungsbestimmungen ist vom Kgl. Ministerium des Innern unter Nr. R. 242 am 10. Januar 1917 und unter Nr. R. 3052 am 16. März 1917 den Oberämtern und Schultheißenämtern bekannt gegeben worden und kann auf den Oberämtern und Rathhäusern von den Beteiligten eingesehen werden.
2. Die von russisch-polnischen Arbeitern mit landwirtschaftlichen Arbeitgebern für das Wirtschaftsjahr 1917 abgeschlossenen Arbeitsverträge gelten insoweit, bis neue Arbeitsverträge abgeschlossen werden, für das mit der Beendigung der jetzigen Herbstgeschäfte beginnende neue Wirtschaftsjahr 1918 als fortbestehend. Russisch-polnische Arbeiter, welche weder einen neuen Arbeitsvertrag abschließen, noch die Arbeit auf Grund des alten Arbeitsvertrags nach dessen Ablauf aufnehmen oder fortsetzen, unterliegen daher der in der Bekanntmachung des stellv. Generalkommandos XIII. (R. W.) Armeekorps vom 19. Dezember 1916 (Staatsanzeiger Nr. 25 vom 31. Januar 1917) auf die Arbeitsverweigerung angedrohten Strafe.

Stuttgart, den 21. Dezember 1917.

Der stellv. kommandierende General:
 v. Schaefer.

Stadtschultheißenamt Calw.

Alle in den Jahren 1896, 1897 und 1898
geborenen männlichen Deutsche,

über deren Militärverhältnisse noch nicht endgültig entschieden ist, also namentlich diejenigen, welche bei der letzten Musterung zurückgestellt wurden, haben sich bis spätestens 12. Februar 1918 beim Stadtschultheißenamt

zur Rekrutierungstammrolle anzumelden.

Auswärts Geborene haben dabei Geburtsurkunde vorzulegen.

Calw, den 30. Januar 1918.

Stadtschultheißenamt: H. B. Dreif.

Zahnpraxis F. Lück, Bad Liebenzell.

Telefon Nr. 52.

Sprechstunden von 9—12 Uhr und von 2—5 Uhr.

An Sonn- und Feiertagen, sowie Samstags geschlossen.

Bei länger dauernder Behandlung ist vorherige Anmeldung unbedingt notwendig.

Kan.-Zucht-Verein Calw.

Futterabgabe

Samstag von 2—5 Uhr

Dehnd

bei Herrn Kaufmann Stroh in der
 Lederstraße,

Rohrtraben

im Hause des Herrn Billing, ob.
 Marktstraße (gegenüber der Traube).
 Säcke sind mitzubringen.

Sch suche zu alleinstehender alter
 Dame nach Weinheim ein braves
 pünktliches

Mädchen

das selbständig gut bürgerlich kochen
 kann und gerne die vorkommenden
 Hausarbeiten übernimmt. Zimmer-
 mädchen vorhand. Angebote erbitt.

Frau Anna Federhoff.

Calw.

In der Nähe der Stadt gelegen.

ertragfäh. Garten
oder zu Garten ge-
eignetes Ackerland

zu pachten oder zu kaufen
 gesucht.

Angebote unter X. Y. an die
 Geschäftsstelle dieses Blatt. erbeten.

Vorzügliches

Lederfett,
Huffett,
Wagenfett,

empfiehlt

H. Hauber.

Sterbe-Kasse Calw.

Am Sonntag, den 27. Januar, nachmittags 3 Uhr, findet
 die jährliche

Generalversammlung

bei Frau Kentschler, Untere Brücke, statt.

Tagesordnung:

Rechnenschaftsbericht.

Kassenbericht.

Etwalige Anträge.

Zu recht zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein

Der Ausschuss.

Ein Bohn- und
Detonomiegebäude

1907 erbaut, mit ca. 3 Morgen
 Felder, darunter ein ertrageiches
 36 ar großes Baumgut, in der
 Nähe der Stadt

verkauft.

Wer, sagt die Geschäftsst. ds. Bl.

Wand-Kalender

mit Marktverzeichnis
 für das Calwer Oberamt
 und die Nachbarbezirke
 sind erhältlich. d. Stück zu 15 Pfg.
 in der Geschäftsst. ds. Bl.

Noch guterhalt. zweirädrig.

Handkarren

wird zu kaufen gesucht.

Adolf Dörflinger, Bahn-
 wärter a. D., Bad Liebenzell.

Photographisches Atelier C. Fuchs, Calw

empfiehlt sich für

Vergrößerungen

in bester Ausführung zu bekannt mässigen Preisen. — Telefon 87.
 Sämtliche Artikel und Arbeiten für Liebhaberphotographen.



Gingstunde
 nächsten Donners-
 tag 8 Uhr im Bad.
 Hof. Vollständig er-
 scheinen.

Zavelstein.

Eine starke Schaff-



Ruh

mit dem 3. Kalb verkauft

Ulrich Koller.

Gehingen.

Eine gute Fahr-



Ruh

mit dem

3. Kalb,

87 Wochen trächtig

verkauft

Karl Wörf, Bäder.

Schnell und zuverlässig

unterrichtet Sie das
Calwer Tagblatt über
alles Wissenswerte.